

# Jubiläums-Beilage

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

ZKZ 48478

www.sozialismus.info

Für eine kämpferische und sozialistische LINKE

Beilage zur Nr. 150



## 150. Ausgabe der „Solidarität“ – Ein Rückblick nach vorne

Interview mit „Solidarität“-Redakteur Sascha Stanic

### Was führte im März 2002 zur ersten Ausgabe der „Solidarität – Sozialistische Zeitung“?

Der Start der „Solidarität“ war nicht die Neugründung einer Zeitung. Seit 1973 erschien in der Bundesrepublik die marxistische Zeitung VORAN, deren UnterstützerInnen viele Jahre eine Gruppe in SPD und Jungsozialisten gebildet hatten und 1994 als Schlussfolgerung aus dem weitgehenden Rechtsruck der Sozialdemokratie die SAV gründeten. Das „V“ in SAV stammt noch aus dieser Zeit, denn um die historische Kontinuität zum Ausdruck zu bringen, nannten wir die Organisation zuerst „Sozialistische Alternative Voran“.

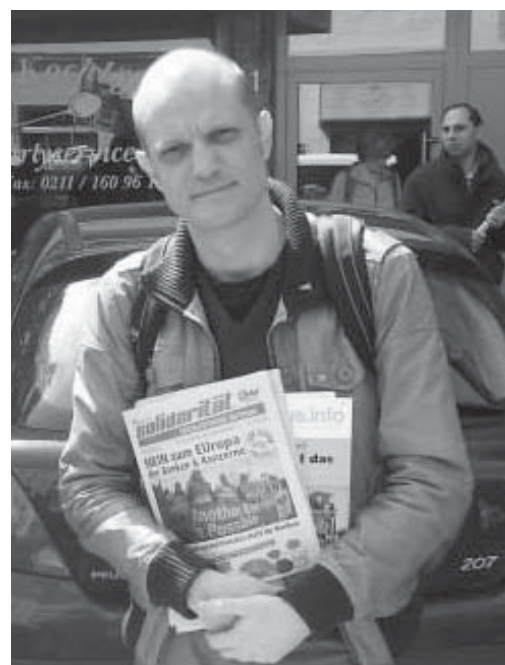
Die 1990er Jahre waren geprägt von dem Triumphalismus der Kapitalisten und ihrer Vertreter in Politik und Medien angesichts des Zusammenbruchs der stalinistischen Staaten und der Wiederherstellung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse in diesen Ländern. Die Linke und die Arbeiterbewegung befanden sich in einer ideologisch-politischen Defensive. Wir schwammen gegen den Strom und eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft

erschien vielen als entweder unmöglich angesichts der Kräfteverhältnisse oder nicht erstrebenswert, weil der Stalinismus die sozialistische Idee diskreditiert hatte bzw. das Versprechen der blühenden Landschaften geglaubt wurde.

Aber zum Ende der 1990er Jahre entwickelten sich die ersten Risse in der kapitalistischen Globalisierung und ihrer ideologischen Dominanz. Eine neue Generation von jungen Menschen begann sich politisch nach links zu orientieren. Der Name „VORAN“ erschien uns altbacken und für die neue Generation, denen die Begriffe der alten Arbeiterbewegung unbekannt waren, auch inhaltslos.

### Also war der Schritt mehr als nur eine Namensänderung. Welche politischen Perspektiven drückte das aus?

1999 gab es „The Battle of Seattle“ – die ersten Massenproteste gegen ein Gipfeltreffen der imperialistischen Mächte. Damals gegen die WTO. Erstmals kamen junge Aktivistinnen und Aktivisten zum Beispiel der Umweltbewegung mit



Fortsetzung auf S. IV und V



[Artikel aus Nr. 56, April 2007]

## Globalisierung – Segen oder Katastrophe?

Anfang der neunziger Jahre wurde die Globalisierung als der Heilsbringer für die Menschheit präsentiert. Heute wird sie von ihren Anhängern als Naturgesetz behandelt, ein Gesetz, das Produktionsverlagerungen, Deregulierung, Privatisierung und Lohnsenkung einfach mit sich bringt. Es ist ein Totschlagargument zu Gunsten der herrschenden Klassen geworden. (...)

von Gaetan Kayitare, Aachen

(...) Der Globalisierungsprozess macht sich in erster Linie an der verstärkten weltweiten Arbeitsteilung und der Internationalisierung von Produktion, Kapitalflüssen und Handel fest. Er drückt sich heute besonders in mörderischer Konkurrenz, uferloser Spekulation, Arbeitsplatzverlagerung und -vernichtung, Lohnsenkungen und schlechteren Arbeitsbedingungen weltweit aus.

Mitte der siebziger Jahre endete der kapitalistische Nachkriegsaufschwung. Produktivitätssteigerungen verlangsamten sich, Profite brachen ein, es kam zu Inflation. Zudem waren die Unternehmer mit Streiks und Massenprotesten konfrontiert. Nach mehreren turbulenten Jahren holten sie zum Gegenschlag aus. Mit neoliberalen Maßnahmen waren sie bestrebt, ihre Profitkrise auf Kosten der arbeitenden Menschen zu überwinden.

Der Zusammenbruch des Stalinismus im Osten verstärkte die Offensive des Kapitals. Das Fehlen einer Vorstellung von einer sozialistischen Alternative bei der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse – durch die Schwächung der Linken – führte dazu, dass es zunächst keinen großen Widerstand gegen die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte gab. Besonders die Länder der „3. Welt“, die von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank erpresst wurden, mussten ihren öffentlichen Sektor inklusive Gesundheit und Bildung der Konkurrenz opfern, wodurch die Multis ihre dominierende Stellung ausbauen konnten. (...)

### Wer gewinnt, wer verliert?

ArbeiterInnen der entwickelten kapitalistischen Staaten sind mit Arbeitsplatzverlust durch Verlagerung der Produktion nach Osteuropa, China oder sonst wo hin konfrontiert. Die Drohung mit der Verlagerung reicht oft aus, um Lohnkürzungen oder längere Arbeitszeiten durchzudrücken. Die heutige Gewerkschaftsführung lässt sich immer wieder erpressen, statt die Belegschaften zu mobilisieren. (...)



Foto aus Nr. 59, Juni 2007: Gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm: Mitglieder der SAV und des Komitees für eine Arbeiterinternationale aus verschiedenen Ländern beteiligten sich an den Demonstrationen und Blockaden gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock.

### Verlagerung

(...) Tatsächlich gingen die meisten Investitionen nach China, aber auch dort wurden zwei Millionen Jobs in der Textilbranche durch Rationalisierung vernichtet! (...) Gewinner sind die Kapitalisten, ob in den USA, der EU, China oder Indien. Bestenfalls eine kleine Schicht von Spezialisten und besser Verdienenden in diesen Ländern profitiert vom Aufschwung.

Die Globalisierung sollte angeblich für alle Verbesserungen mit sich bringen. Die Realität für Milliarden Menschen ist die Hölle auf Erden geworden, selbst in scheinbar erfolgreichen Staaten wie China, Indien oder Pakistan (...)

### Internationaler Widerstand

Vorwände, um der Arbeiterklasse noch tiefer in die Tasche zu greifen oder Massenentlassungen durchzuführen, finden die Vertreter des Kapitals immer wieder. Heute ist es die Globalisierung. In der EU ist es auch der Euro oder die EU-Verfassung. Dagegen hilft nur Widerstand – grenzübergreifend.

Dass dieser möglich ist, zeigen die Beispiele der letzten Jahre. Um die Schließung von Renault in Vilvoorde (Belgien) zu verhindern, streikten Beschäftigte der Renault-Werke in Frankreich, Spanien und Belgien am 7. März 1997 erfolgreich. In Genua demonstrierten 2001 mehr als 300.000 Menschen gegen den G8-Gipfel.

Gegen den diesjährigen G8-Gipfel in Heiligendamm werden bereits mehr als 100.000 DemonstrantInnen erwartet. (...)

[Artikel aus Nr. 53, Dezember 2006/Januar 2007]

## Wie lange steht das Kartenhaus?

Über die Instabilität der Weltwirtschaft

**Meldungen über neue Rekorde an den Aktienbörsen dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass an den Weltfinanzmärkten eine ganze Reihe von Zeitbomben ticken: Hedgefonds, Immobilienpreis-Seifenblasen, Konsumentenverschuldung, US-Zahlungsbilanzdefizit – fraglich ist nicht, ob, sondern wann und in welchem „Gebäudeflügel“ zuerst das Kartenhaus einstürzt.**

von Wolfram Klein, Weil der Stadt

### (...) Hedgefonds

Hedgefonds sind in den letzten Jahren massenhaft gegründet worden, weil sie hohe Profite machten (...) Inzwischen gibt es rund 9.000 Hedgefonds, die über eine Billion Dollar verwalten. Gemessen an den Finanzmärkten insgesamt ist das immer noch sehr wenig, aber wegen ihrer hochriskanten Anlagestrategien können sie Turbulenzen an den Finanzmärkten erzeugen, die in keinem Verhältnis zu ihrem Anteil stehen. (...)

### US-Immobilienblase

(...) Der Immobilienboom in den USA geht zu Ende. In den letzten

Jahren hat der Höhenflug der Immobilienwerte für die Masse der Eigenheimbesitzer eine beträchtliche Einkommensquelle dargestellt. Immobilienbesitzer wurden in fünf Jahren auf dem Papier um fünf Billionen Dollar reicher. Dadurch erhöhte sich der Konsum trotz stagnierender Reallöhne. Das wurde realisiert, indem Eigenheimbesitzer die steigenden Immobilienpreise und niedrigen Zinsen für immer höhere Hypothekenkredite nutzten und auch Kreditkarten- und andere Schulden zunahm. Der US-Konsum war der „Staubsauger“ der Weltwirtschaft, der die Exportüberschüsse von Ostasien und auch teilweise von Exportweltmeister Deutschland schluckte. (...)

Der Zeitpunkt einer Krise lässt sich nicht vorhersagen. Wenn die US-Notenbank auf die Abkühlung der US-Wirtschaft mit Zinssenkungen reagiert, könnte dem Kartenhaus sogar noch das eine oder andere Stockwerk hinzugefügt werden, bevor es einstürzt. Wenn die Wirtschaftsabschwächung aber zu Einbrüchen beim Konsum und bei den Profiten führt, können Wirtschaftsabschwung und Finanzkrise einander verstärken. ■

[Artikel aus Nr. 38, August 2005]

## Bush, Blair und die Bombenanschläge von London

Auszüge aus der CWI-Stellungnahme vom 8. Juli 2005

**Vier Bomben-Anschläge haben London am Donnerstag, den 7. Juli während der morgendlichen Hauptverkehrszeit erschüttert. Mehr als 50 Tote und über 700 Verletzte waren die Folge. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (in dem auch die SAV organisiert ist) verurteilt diese Bombenanschläge.**

(...) SozialistInnen haben die Methoden des individuellen Terrorismus immer abgelehnt, der die Massenmobilisierung der Arbeiterklasse den „Handlungen“ einer kleinen Gruppe unterordnet. Diese Methoden stärken nur die herrschende Klasse. (...)

Diese Bomben haben erneut gezeigt, dass Repressalien Terrorismus nicht beseitigen. Damit konnte der britische Staat die IRA in Irland nicht besiegen. In Madrid haben ID-Karten die Bombenanschläge letztes Jahr nicht verhindert.

### Die Gefahr des Rassismus

Es gibt die Gefahr einer rassistischen Stimmung gegen die muslimische Bevölkerung und andere ethnische Minderheiten. (...) Es kommt darauf an, für die Einheit aller arbeitenden Menschen und gegen jeden Versuch zu kämpfen, die muslimische Bevölkerung und andere ethnische Minderheiten zu Sündenböcken zu machen. Gleichzeitig gab es Berichte über Akte der

Solidarität, um rassistische Angriffe zu verhindern. (...)

Die Socialist Party tritt für die Einheit aller arbeitenden Menschen in London ein. Auf Demonstrationen sollte gegen Spaltung, Terrorismus, imperialistische Kriege und gegen repressive Gesetze protestiert werden. Diese Anschläge zeigen die Notwendigkeit, für den Aufbau einer sozialistischen Alternative zu kämpfen – gegen Blair, Bush und das System, das sie verteidigen. ■

[Artikel aus Nr. 84, November 2009]

## Wohin geht Venezuela?

Vollständiger Bruch mit Kapitalismus und sozialistische Politik nötig

**Jüngst machte der Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, Schlagzeilen mit der Verstaatlichung eines Luxushotels und zweier Zuckerfabriken. Mitte Mai hatte das venezolanische Parlament bereits (...) über hundert Unternehmen in staatliches Eigentum überführt. Im Mai sagte Chávez der FAZ: „Wir werden den Kapitalismus begraben.“**

von Lucy Redler, Berlin

Die soziale Lage der verarmten Massen, die ökonomische Krise, der Aufwind der rechten Opposition und die Stärkung der bürokratischen Strukturen im Staatsapparat sprechen jedoch leider eine andere Sprache. Die Errungenschaften in Venezuela, die vor dem Hintergrund von Massenmobilisierungen erkämpft wurden, sind in Gefahr.

(...) Wenn die Regierung Chávez, gestützt auf die Mobilisierung der Massen, nicht den Bruch mit dem Kapitalismus und dem kapitalistischen Staatsapparat vollzieht, können die Errungenschaften nicht von Dauer sein (...) Eine grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung ist nur möglich durch eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

### Vollständiger Bruch mit dem Kapital erforderlich

(...) Die bisherigen Verstaatlichungen sind weder vom Ausmaß her besonders umfassend, noch stellen sie einen radikalen Bruch mit den Eigentümern dar. (...)

(...) Momentan stützt sich Chávez zum einen auf die Massen und fordert den

US-Imperialismus weiter heraus. Zum anderen sucht er immer wieder einen Ausgleich zwischen den Interessen der Lohnabhängigen und Bauern einerseits und den Interessen des Kapitals und der Großgrundbesitzer andererseits. Mit einer Zuspitzung der ökonomischen und politischen Situation wird der Druck auf die Regierung weiter steigen.

### Rolle der arbeitenden und verarmten Bevölkerung

Die bisherigen Errungenschaften können gegen den Widerstand der rechten Opposition und des US-Imperialismus nur dann gewahrt werden, wenn die Massen sie aktiv verteidigen und nicht nur einzelne Betriebe, sondern die gesamten Schlüsselbereiche der Wirtschaft verstaatlicht werden. (...) ■

[Artikel aus Nr. 91, Juni 2010]

## Griechenland-Krise

Warum die griechischen Schulden nicht zuletzt „Made in Germany“ sind

**Für die deutschen Medien waren die Schuldigen an dem drohenden Staatsbankrott Griechenlands schnell gefunden: Korrupte Griechen, faule Griechen, dreiste Griechen – die jetzt auch noch „unsere“ Einheitswährung gefährden! Über die Verantwortung Deutschlands, besser des deutschen Kapitals wird beredt geschwiegen.**

von Sebastian Rave, Bremen

(...) Bis zum Beitritt in die Euro-Zone exportierte Griechenland noch mehr, als es importierte. Nach dem Beitritt, seit Mitte der Neunziger ist die Leistungsbilanz jedoch negativ. Geld fließt also aus dem Land – nach Deutschland oder Frankreich.

### Schuldenursache Rettungspakete

Kanzlerin Angela Merkel stilisierte die Bürgschaft für überbewertete Kredite zur „Rettung Griechenlands“ hoch. In Wirklichkeit geht es wohl eher darum, Deutschlands Exportmarkt zu erhalten. Zudem konnten die Besitzer griechischer Staatsanleihen – konkret französische, deutsche und schweizerische Banken – an ihren Krediten jahrelang richtig gut verdienen: Schließlich waren die Zinsen, die das Land zahlen musste, extrem hoch (...). Und jetzt soll mit den Rettungspaketen das Geld dieser Banken gerettet werden, mit dem sie gespielt beziehungsweise sich verspielt hatten. ■



Foto aus Nr. 113, Juni 2012: Die SAV ist bei den ersten Blockupy-Aktionstagen dabei, beteiligt sich an der Großdemonstration und den Blockaden gegen die Europäische Zentralbank (EZB) und propagiert unter den vielen tausend DemonstrantInnen eine sozialistische Alternative zum europäischen Krisenkapitalismus.





## Fortsetzung von S I

Gewerkschaftsaktiven im Protest zusammen. Das war ein Wendepunkt und die Geburtsstunde der so genannten Antiglobalisierungsbewegung, die ja tatsächlich eine Bewegung gegen internationalen Neoliberalismus und kapitalistische Profitgier, gegen die Aufhebung von Handelshemmnissen im Interesse der großen Banken und Konzerne war. Wenn man sich alte Ausgaben der „Solidarität“ anschaut, meint man die Zeit sei stehen geblieben. Zum Beispiel findet man in der ersten Ausgabe Argumente gegen das GATS-Abkommen, was sehr an die heutige Bewegung gegen TTIP erinnert.

Jedenfalls wollten wir mit der Namensänderung unserer Zeitung einen Schritt in Richtung dieser Bewegungen machen. Damals wurde attac gegründet und hatte tausende aktive Mitglieder. Auch SAV-Mitglieder engagierten sich bei attac und trieben dort die Diskussion voran, dass eine Kritik an neoliberaler Politik nicht ausreicht, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst in Frage gestellt werden muss. Ich selbst war aktiv in der Berliner attac-Gruppe gegen den Krieg.

„Solidarität“ war aus unserer Sicht ein Begriff, der dem Bewusstsein dieser neuen Generation von Aktiven entsprach, aber auch von denen, die nach 1989/90 sozusagen nicht von Bord gegangen waren und in gewerkschaftlichen und linken Strukturen aktiv geblieben waren. „Solidarität“ ist aber auch ein Begriff der alten sozialistischen Arbeiterbewegung und drückte unserer Meinung nach die Verbindung zwischen neuer Antiglobalisierungsbewegung und „alter“ Gewerkschaftsbewegung aus, die wir als nötig betrachteten. Aber auch „Sozialistische Zeitung“ gehört zum Namen. Es war und ist uns auch wichtig, die Idee des Sozialismus offensiv zu propagieren und zu rehabilitieren.

### Was ist denn die Rolle einer Zeitung in der heutigen Zeit?

Eine Zeitung ist für eine linke Organisation sehr wichtig. Wir führen auch den Kampf um die Köpfe und die Kapitalisten haben eine ganze Armee von Propagandawaffen in ihren Händen – und natürlich das Geld diese einzusetzen. Schauen wir uns die Situation nach dem Terroranschlag von Paris an. Alle großen Medien blasen in dasselbe Horn, weil sie letztlich auch interessegeleitet sind. Mit Informationen oder dem zurückhalten von solchen wird Politik gemacht. Ein Beispiel: Wladimir Putin, der ja nun selber die russischen Medien in seinem Interesse beeinflusst, hat auf dem G20-Gipfel offenbart, welche Staaten mit dem so genannten Islamischen Staat

Geschäfte machen. Das wird in den Massenmedien aber so gut wie gar nicht berichtet. Ähnliches gilt für die Massenproteste in Afghanistan gegen die Taliban und die Regierung.

Eine linke Gegenöffentlichkeit, Gegeninformation ist dringend nötig. Erklärungen für das Chaos in der Welt müssen verbreitet werden.

Aber die „Solidarität“ ist mehr, sie ist Handelnde, kann Kampagnen voran treiben, zur Aktion aufrufen und sie spielt eine wichtige Rolle für die Meinungsbildungsprozesse und die Aktivitäten der SAV. Früher hieß es in der revolutionären Bewegung immer, dass eine Zeitung „kollektiver Agitator und kollektiver Organisator“ ist. Da ist immer noch viel dran. Aber heute ist die Zeitung natürlich nur eines von vielen publizistischen Mitteln für eine sozialistische Organisation. Wir geben von der SAV zusätzlich das vierteljährlich erscheinende Magazin sozialismus.info heraus und betreiben die gleichnamige Webseite, die täglich aktualisiert wird. Heute sprechen wir mit unterschiedlichen Publikationen auch unterschiedliche Schichten an. Die Zeitung richtet sich mehr an den Erstleser und die Erstleserin, die wir auf Demonstrationen, auf der Straße oder vor Betriebstoren treffen und denen wir die SAV vorstellen wollen. Wir gehen davon aus, dass linke Aktivistinnen und Aktivisten heute stärker das Internet nutzen und unsere Webseite für sie wichtiger ist. Natürlich sind auch die Möglichkeiten einer Monatszeitung sehr begrenzt. Darum sollten wir alles daran setzen, möglichst bald zu einer 14-tägigen oder sogar wöchentlichen Erscheinungsweise überzugehen. Das würde den Wirkungsgrad der „Solidarität“ enorm steigern.

### Warum findet man keine Anzeigen in der „Solidarität“?

Finanzielle Unabhängigkeit ist uns wichtig. Das heißt wir wollen nur von unseren Leserinnen und Lesern abhängig sein und unsere Inhalte nicht nach den Interessen von Anzeigenkunden ausrichten müssen. Deshalb verkaufen wir die „Solidarität“ und verteilen sie nicht kostenlos, wie das manche Parteien oder Organisationen machen, die entweder durch Anzeigen, Stiftungsgelder oder staatliche Zuschüsse ihre Publikationen finanzieren lassen.

### Wenn Du auf die letzten 150 Ausgaben zurück blickst, was war dann der wichtigste Beitrag, den die „Solidarität“ geleistet hat?

Der wichtigste Beitrag ist politisch. Eine, einfach verständliche, marxistische Erklärung für die Ereig-

nisse in der Welt geben, daraus politische Perspektiven ableiten und Alternativen zu den Krisen, den Kriegen und dem ganzen kapitalistischen System zu formulieren. Natürlich auch die konkreten Vorschläge für Bewegungen und Kämpfe zu verbreiten. In den letzten 13 Jahren gehörten dazu zweifellos eine Erklärung der kapitalistischen Globalisierung und nach 2007 der so genannten Großen Rezession bzw. der neuen Krisenperiode, in die der weltweite Kapitalismus eingetreten ist. Aber auch die Debatte darüber, wie eine neue Linke aussehen sollte. SAV-Mitglieder waren ja von Anfang an bei der WASG dabei und haben dort für antikapitalistische Positionen gerungen. Wir sind aber schon in den Jahren zuvor für eine neue Arbeiterpartei eingetreten, haben vor Ort linke Bündnisse ins Leben gerufen und so den Boden für die WASG und später DIE LINKE mit gelegt. Die „Solidarität“ hat hier einen wichtigen Beitrag geleistet, die innerparteilichen Debatten zu dokumentieren und von einem sozialistischen Standpunkt zu beeinflussen.

### Welche Rolle spielt die Berichterstattung über internationale Entwicklungen?

Eine ganz besonders große. Zum einen natürlich weil internationale Entwicklungen objektiv von großer Bedeutung sind. Zum anderen aber auch, weil sie gerade auf die Entwicklung der Linken und Arbeiterbewegung in Deutschland stark zurück wirken. Wir haben, weil die SAV Teil der weltweiten Organisation Komitee für eine Arbeiterinternationale ist, den großen Vorteil über Korrespondenten in über vierzig Ländern auf der Welt zu verfügen. So sind wir gerade bei internationalen Themen in der Lage, Ereignisse und Sichtweisen zu berichten, die niemand anders veröffentlicht. Ob über Klassenkämpfe in China, den Kampf gegen die Nazerbajew-Diktatur in Kasachstan oder die Bergarbeiterstreiks in Südafrika 2013. Aber die „Solidarität“ berichtet nicht nur, sondern wird ihrem Namen hier gerecht und organisiert auch praktische Unterstützung.

Für die Debatten innerhalb der Linken können wir zudem einen besonderen Beitrag leisten, weil wir durch unsere internationale Organisation mittendrin stecken in der Bewegung in anderen Ländern. So haben wir früher als andere auf die bürokratischen Entwicklungen in Venezuela und Bolivien unter Chávez und Morales hingewiesen und diejenigen zu Wort kommen lassen, die dort für Selbstorganisation und sozialistische Demokratie kämpfen. Oder wir haben in den letzten Jahren die Entwicklung von Syriza in Griechenland kritisch kommentiert und





über die Anstrengungen von SozialistInnen eine vereinigte und revolutionäre Linke zu bilden, berichtet.

## Was waren die wichtigsten Aktivitäten der SAV, die von der „Solidarität“ begleitet wurden?

Das sind so viele, dass es unmöglich ist, alle aufzuzählen. Wir haben einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Agenda 2010 geleistet. Die SAV hat damals als erste Gruppe die Initiative zu der bundesweiten Großdemonstration am 1. November 2003 ergriffen, die mit 100.000 Menschen der Startpunkt für die weiteren Massenproteste gegen Agenda 2010 und Hartz IV war und die „Solidarität“ hat diese Idee natürlich propagiert. Wir haben die jungen SAV-Mitglieder unterstützt und zu Wort kommen lassen, die eine führende Rolle bei den riesigen Schülerstreiks gegen den Irak-Krieg gespielt haben. Wir haben ganz viele lokale Kampagnen geführt, zum Beispiel haben SAV-Mitglieder in Dresden einen wichtigen Beitrag geleistet, die Privatisierung des Klinikums zu verhindern. In Köln haben wir die Schließung von Schwimmbädern verhindert. In Stuttgart haben wir eine wichtige Rolle beim Kampf gegen Stuttgart 21 gespielt und den Schülerstreik am so genannten „Schwarzen Donnerstag“ gemeinsam mit anderen organisiert, der dann zu dem Polizeieinsatz führte, der im November von einem Gericht als rechtswidrig verurteilt wurde. Die „Solidarität“ hat auch immer sehr ausführlich über gewerkschaftliche und betriebliche Kämpfe berichtet und die Solidaritätsarbeit der SAV dokumentiert. Da fallen mir aus den letzten Jahren vor allem der wilde Streik bei Opel Bochum 2004, der Streik gegen die Schließung des Bosch-Siemens-Hausgerätekwerks in Berlin 2006, die Streiks der GDL 2007 und 2014/15 und die Streiks an der Berliner Charité ein.

## Du hast ja schon auf die Aktivitäten in WASG und LINKE hingewiesen. Wenn man die Ausgaben der „Solidarität“ durchblättert, fällt die sehr ausführliche Berichterstattung dazu tatsächlich auf.

Das war und ist sicher von besonderer Bedeutung, der Aufbau der WASG und die politischen Auseinandersetzungen um den Kurs dieser neuen Partei bzw. heute von der LINKEN. Auch wenn die WASG gar nicht explizit antikapitalistisch war, hatte sie aus den Erfahrungen mit SPD, Grünen und PDS eine wichtige Schlussfolgerung gezogen: sie sprach sich deutlich gegen Regierungsbeteiligungen aus, die zu Sozialabbau, Privatisierungen

und ähnlichem führen. Damit stand die WASG faktisch links von der PDS, die ja im Berliner rot-roten Senat seit dem Jahr 2001 für eine solche Politik mitverantwortlich war. Der Berliner WASG war klar, dass eine linke Kandidatur gegen diesen Senat aus SPD und PDS dringend nötig war und auf viel Resonanz stoßen würde. Damals kam dann nur der Rücktritt der Schröderregierung und die Neuwahlen 2005 „dazwischen“ und die Initiative von Oskar Lafontaine ein politisches Comeback zu machen unter der Bedingung, dass WASG und PDS zusammen gehen. Das führte zu der absurden Situation, dass Lafontaine und die bundesweite Führung der WASG vom Berliner Landesverband forderten, bei den Abgeordnetenhauswahlen auf die eigene Kandidatur zu verzichten und stattdessen die PDS zu unterstützen, also zur Wahl der Politik aufzurufen, die man bekämpfte. SAV-Mitglieder waren damals ein wichtiger Teil der Berliner WASG und auch stark im Landesvorstand vertreten und haben sich dieser Gängelung von oben widersetzt. Unsere Genossin Lucy Redler wurde zur Spitzenkandidatin der Berliner WASG gewählt. Leider hat die WASG- und PDS-Führung und auch so manche im Berliner Landesverband dann mehr Kraft in die Verhinderung eines Wahlerfolgs der WASG als in den Kampf gegen die pro-kapitalistischen Parteien gelegt und so dazu beigetragen, dass die WASG an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Wobei das Ergebnis von 50.000 Stimmen eigentlich ein Erfolg war.

## Würdest Du sagen, dass Ihr im Hinblick auf Partei DIE LINKE mit Eurer Einschätzung richtig lagt?

Zu 95 Prozent ja. Es war ein Fehler, dass SAV-Mitglieder in Ostdeutschland und Berlin bei der Fusion von WASG und PDS nicht in die neue Partei gegangen sind. Diesen Fehler haben wir schnell korrigiert und sind nach einem Jahr beigetreten. Für Fehler wird man aber bestraft und die Führung der LINKEN hat gegen die Mitgliedschaft von Lucy Redler, mir und anderen Einspruch erhoben und unseren Beitritt in einem bürokratischen Verfahren zwei Jahre hinauszögern und so unsere Mitarbeit für diesen Zeitraum verhindern können, weil wir unsere Kritik an der Politik der Koalitionsbildung mit SPD und Grünen ja nicht eingestellt hatten. Aber das war ein taktischer Fehler. Unsere Einschätzung, dass DIE LINKE, wenn sie den Kurs der alten PDS wesentlich fortsetzt, keine massenwirksame Alternative wird, bestätigt sich – leider. Aber wir sind auch der Meinung, dass DIE LINKE in vielen gesellschaftlichen

Auseinandersetzungen tatsächlich links wirkt und bei Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit oder gegen Rassismus hilft. Vor allem aber ist der Kampf um die Ausrichtung der Partei noch nicht beendet und findet die Auseinandersetzung um die Frage, wie eine neue Linke aussehen soll, nicht zuletzt in der Partei und in ihrem Umfeld statt. SAV-Mitglieder sind deshalb aktiv in der Antikapitalistischen Linken (AKL) und dem BAK Revolutionäre Linke (RL) im Jugendverband, um gemeinsam mit anderen einen starken sozialistischen und kämpferischen Flügel in der Partei zu bilden.

## Wo steht die „Solidarität“ heute und was liegt vor uns?

Die 150. Ausgabe erscheint zu einer Zeit, in der die Welt aus den Fugen gerät und immer mehr Menschen das auch so empfinden. Das führt zu einer völlig neuen Qualität von Zukunftsängsten, wie wir sie vielleicht seit den Zeiten des Wettrüstens in den 1980er Jahren nicht mehr kannten. Das beinhaltet die Gefahr der Stärkung rechtspopulistischer und faschistischer Kräfte und des weiteren Abbaus demokratischer Rechte. Beides müssen wir leider beobachten. Aber auf der anderen Seite sehen wir auch das Potenzial für soziale und gewerkschaftliche Kämpfe, Massenbewegungen und dass viele Menschen auf der Suche nach Antworten und Erklärungen sich nach links orientieren. Hier kann und wird die „Solidarität“ eine wichtige Rolle spielen, wie auch unsere Webseite und das Magazin sozialismus.info.

Unsere Möglichkeiten sind noch eingeschränkt aufgrund der monatlichen Erscheinungsweise und dem begrenzten Umfang. Trotzdem sind wir überzeugt, dass wir auch heute schon die beste sozialistische Zeitung in diesem Land machen. Die SAV hat gerade im letzten Jahr durch unseren entschlossenen Kampf gegen Pegida, AfD und Rassismus, durch unsere Aktivitäten bei den Streiks der LokführerInnen, an der Charité und im Sozial- und Erziehungsdienst neue UnterstützerInnen und Mitglieder gewonnen. Vor allem konnten wir viele Schülerinnen und Schüler und Jugendliche ansprechen. Das wird uns die Möglichkeit geben, auch unsere publizistische Arbeit in den nächsten Jahren auszuweiten. Wie genau dies aussehen wird, welche Rolle dabei die „Solidarität“, welche Rolle Webseite, Magazin, Bücher und Broschüren spielen werden, werden unsere Mitglieder demokratisch entscheiden. Aber sicher ist, dass wir jeden Tag und jede Woche mehr und mehr sozialistische Ideen für den Widerstand gegen den Kapitalismus in die Welt setzen werden. ■



[Artikel aus Nr. 6, September 2002]

## Neue Linkspartei? Ja, aber ...!

Über 5.000 Spiegel-Online-LeserInnen haben auf die Frage „Würden Sie einer neuen Links-Partei unter Führung von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine Ihre Stimme geben?“ geantwortet. Mehr als vierzig Prozent mit Ja..

„Standpunkt“ der Redaktion

(...) Die PDS erhält gerade die Quittung für den Sozialabbau und die Privatisierungspolitik, die sie als Teil der mecklenburg-vorpommerschen und der Berliner Landesregierungen und vieler Kommunalregierungen betreibt.

Die jüngsten Angebote der PDS-Führung einen Kanzler Schröder im Bundestag zu wählen, falls es für eine rotgrüne Mehrheit nicht reichen wird, drücken aus, dass Roland Claus und Co. auch auf Bundesebene genug von der Oppositionsrolle haben.

Der Vorschlag eine neue Linkspartei zu bilden, erscheint vor diesem Hintergrund fast naheliegend. Doch – um eine alte marxistische Weisheit zu bemühen – gibt es keine organisatorischen Lösungen für politische Probleme.

Die entscheidende Frage ist die des Programms und der Politik, die eine solche neue Kraft vertreten sollte.

### Sozialistisches Programm und Strategie nötig

Die SAV tritt seit Jahren für den Aufbau einer neuen, breiten und demokratischen Arbeiterpartei ein. Eine solche Partei würde ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Doch eine solche Partei müsste die Lehren aus dem politischen Scheitern von SPD und PDS ziehen.

Wenn sie die Politik betreiben würde, die Lafontaine und Gysi als Regierungsmänner betrieben haben, würde sie keine Alternative darstellen. Eine neue Partei müsste sich konsequent auf die Seite der lohnabhängigen und arbeitslosen Bevölkerung und der Jugend stellen und an den täglichen Kämpfen und Kampagnen gegen die Angriffe von

Regierungen und Kapital teilnehmen. Sie dürfte sich nicht auf parlamentarische Arbeit beschränken, sondern müsste ihren Schwerpunkt in außerparlamentarischen Kampagnen haben. Sie müsste das Übel an der Wurzel packen und klare anti-kapitalistische Positionen vertreten.

Nur mit sozialistischem Programm und Strategie könnte eine neue Linkspartei einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse aufzeigen.

Ein solches Programm mag nicht am Beginn des Entstehungsprozesses einer solchen Partei stehen und Personen wie Gysi und Lafontaine mögen tatsächlich eine Rolle dabei spielen. Die SAV wird jeden Ansatz für eine unabhängige Partei links von SPD und PDS, die konsequent Sozialkürzungen und Privatisierungen ablehnt unterstützen, an den Diskussionsprozessen teilnehmen und für ein konsequentes sozialistisches Programm eintreten. ■

[Artikel aus Artikel aus Nr. 63, November 2007]

## Stuttgart 21 stoppen

Ein Sturm der Entrüstung geht durch Stuttgart

Seit 1994 verfolgen die Unternehmer in Baden-Württemberg, ihre Parteien im Landtag und im Stuttgarter Stadtrat sowie das Management der Bahn das Projekt Stuttgart 21. (...)

von Ursel Beck, Stuttgart

Jahrelang sah es so aus, als ob das Projekt scheitern würde. (...) Die Entscheidung für Stuttgart 21 im Sommer diesen Jahres hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Denn während die Politiker behaupten, S 21 ließe sich finanziell ohne Weiteres stemmen, gibt es kein Geld für die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung. (...)

Der Mehrheit der Stuttgarter Bevölkerung ist auch klar, dass die Innenstadt durch das Wahnsinnsprojekt noch mehr verkommerzialisiert und verschandelt wird und der für die Bevölkerung wichtige Nahverkehr zu Gunsten von ICE-Verbindungen massiv verschlechtert wird.

### Wut und Gegenwehr

Zu einer ersten Kundgebung vor dem Rathaus am 24. September kamen 5.000 Menschen, obwohl es keine Plakate für die Mobilisierung gab und die Lokalpresse erst am Tag selbst auf die Kundgebung hinwies. Für viele war es die erste Demonstration, an der sie teilnahmen.

Ein Bündnis (...) verlangt einen Bürgerentscheid. Die Mehrheit im Gemeinderat lehnt das ab. Deshalb wird versucht, diesen über ein Bürgerbegehren zu erzwingen. (...) Das Unterschriftensammeln ist ein echter Selbstläufer. Leute, die noch nie in ihrem Leben politisch aktiv waren, sammeln in ihrem Bekanntenkreis oder auf der Straße und spenden Geld für die Kampagne.

(...) Die SAV Stuttgart ist (...) der Meinung, (...) dass vor allem die Bereitschaft zu Massenprotesten und zivilem Ungehorsam genutzt werden muss, um das Projekt zu Fall zu bringen. (...)



Foto aus Nr. 88, März 2010: Blockade gegen Nazi-Aufmarsch in Dresden: Erstmals gelang es 2010 den jährlichen Nazi-Großaufmarsch in Dresden durch Massenblockaden von 10.000 Menschen zu stoppen. Über achtzig SAV-Mitglieder aus ganz Deutschland beteiligten sich.

[Artikel aus Nr. 116, Oktober 2012]

## Bergarbeiterstreiks in Südafrika

Unterstützt die Arbeit von „Democratic Socialist Movement“

**Mit dem Massaker von Marikana kamen die Erinnerungen an die Apartheid zurück. Am 16. August erschoss die Polizei mehrere Dutzend Streikende der Platinmine Lonmin bei Rustenberg. Mitglieder der SAV-Schwesterorganisation „Democratic Socialist Movement“ (DSM) stärkten den Streikenden aktiv den Rücken und haben eine Reihe von Initiativen ergriffen, die Streikbewegung weiter aufzubauen.**

„Democratic Socialist Movement“ konnte mehrere Veranstaltungen mit Hunderten von Teilnehmerinnen auf die Beine stellen. Die DSM leistete einen zentralen Beitrag, die Zusam-

menarbeit zwischen den Aktivistinnen zu fördern und den Angehörigen der getöteten Bergarbeiter zu helfen.

In der Zeitung „South African Times“ war zu lesen: „Im Nordwesten lehnen Bergleute die regulären Gewerkschaften ab. Sie haben ein ‚Rustenberg Workers and Communities Forum‘ unter der Führung der Democratic Socialist Movement, einer Sektion des Committee for a Workers’ International gegründet. (...) Vorstandsmitglied Mamehlwe Sebei versuchte die Bergleute gern davon zu überzeugen, dass man in Rustenberg mit einem Generalstreik beginnen sollte, auf den dann ein landesweiter Streik und Marsch zu den Gewerkschaftshäusern folgen müsse.“ ■



Foto aus Nr. 129, Dezember 2013/Januar 2014: Kshama Sawant von der US-amerikanischen Schwesterorganisation der SAV, Socialist Alternative, wird als erste Sozialistin seit hundert Jahren in den Stadtrat von Seattle gewählt. Sie nutzt ihre Position für eine Kampagne, die im darauffolgenden Jahr eine Steigerung des Mindestlohns auf 15 Dollar erreicht.

[Artikel aus Nr. 142, März 2015]

## Irland: Verhaftung von AktivistInnen

Gespräch mit Paul Murphy, von der Socialist Party und der die Anti Austerity Alliance (AAA) im irischen Parlament vertritt

**In der vergangenen Woche wurden durch die Polizei täglich AktivistInnen wie du festgenommen, die sich gegen die Einführung von Wassergebühren engagieren. Sie wurden zum Verhör auf Polizeistationen gebracht und ohne Anklage wie der freigelassen. Warum wurde dir keine Vorladung zugestellt?**

Es wäre tatsächlich das normale Vorgehen, mit Verdächtigen einen Termin für ein Verhör zu arrangieren. Das war auch das Auftreten der Polizei gegenüber korrupten Politikern und Bankern in den vergangenen Jahren. Wenn man das mit dem Verhalten gegenüber AktivistInnen der Anti-Wassergebühren-Bewegung vergleicht, die in Tallaght an einer Sitzblockade gegen die stellvertretende Ministerpräsidentin Joan Burton teilgenommen hatten, sagt das viel aus über den Charakter des Staates. Bisher haben rund 100 Polizisten ungefähr 20 Menschen festgenommen. Unter ihnen waren auch minderjährige Jugendliche. Dabei wurden wir am frühen Morgen vor Sonnenaufgang aus unseren

Betten geholt. Das waren politische Handlungen, die eine Atmosphäre der Angst unter den Anwohnern von Tallaght schaffen sollen.

**Was wird euch vorgeworfen?**

Wir wurden unter dem Verdacht der Freiheitsberaubung verhaftet. Das ist eine schwere Anschuldigung, die mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Wenn tatsächlich Anklage deswegen erhoben werden sollte, wird das aber ins Leere laufen.

**Was ist der politische Hintergrund dieser Polizeiaktionen?**

In den vergangenen Monaten hat es eine explosionsartige Bewegung gegen die Einführung von Wassergebühren gegeben. Vor kurzem wurden die Gebührenzähler installiert, im April werden die ersten Rechnungen verschickt. Wir schlagen vor, dass diese nicht gezahlt und die Gebühren boykottiert werden. Ein großer Zahlboykott würde den Druck auf die Regierung enorm steigern.

Doch es geht um mehr als die Frage, ob wir für Trinkwasser zahlen

müssen. Seit sechs Jahren sehen wir eine brutale Austeritätspolitik. Der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung ist deutlich gesunken. Es gibt akute Krisen im Schul- und Gesundheitswesen. Tausende sind in Armut abgerutscht. Die Wassergebühren sind nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und Wut in Widerstand verwandelt hat.

Diese Bewegung ist eine echte Bedrohung für das Establishment. Im vergangenen Jahr wurden bei Nachwahlen ich und ein weiteres Mitglied der Socialist Party ins nationale Parlament gewählt, wo wir nun zu dritt den Kampf der Anti Austerity Alliance unterstützen. Wenn die Wassergebühren verhin dert werden, wird wahrscheinlich die Regierung zurücktreten müssen, und jede zukünftige Staatsmacht wird es sehr schwer haben, weiterhin Kürzungspolitik umzusetzen.

**Wird Irland nun den Weg von Griechenland und Spanien beim Kampf gegen Austerität einschlagen?**

In der internationalen Presse wird Irland oft als die „Erfolgsgeschichte“

der Troika dargestellt. Das ist aber nicht der Fall. Die irische Wirtschaft befindet sich in einer sehr prekären Situation. Es stimmt auch nicht, dass die irische Bevölkerung die „bittere Medizin“ der Austerität akzeptiert hat! Es gab eine große Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen, was aber vor allem wegen der Weigerung der Gewerkschaftsführungen, Widerstand zu organisieren, bisher nicht stattfand.

Die Wahl der Syriza-Regierung in Griechenland und das Erstarken linker Bewegungen in Spanien hat unserer Initiative Rückenwind gegeben. Jetzt kommt es darauf an, dass dies auch in Irland eine politische Ausdrucksform findet.

Die Anti Austerity Alliance bringt Aktive aus der Arbeiterklasse zusammen. Wir sind schon erfolgreich bei Wahlen angetreten und haben nun die vielen anderen Anti-Wassergebühren-Gruppen aufgefordert, auch Kandidaten aufzustellen. Wenn dies geschieht, kann das die Basis für den Aufbau einer starken politischen Interessenvertretung für die arbeitende Bevölkerung sein. ■



[Artikel aus Nr. 13, April 2003]

## Aktiv gegen Irak-Krieg

### Jugend gegen Krieg mobilisiert bundesweit über 200.000 SchülerInnen

**Weltweit wurden unmittelbar nach Kriegsbeginn die ersten Proteste durchgeführt. In Deutschland waren es vor allem die SchülerInnen, die mit Massenstreiks und Demonstrationen viele Innenstädte lahm legten. Die von Mitgliedern der SAV und widerstand international! ins Leben gerufene unabhängige bundesweite Kampagne „Jugend gegen Krieg“ hatte dazu in 16 Städten aufgerufen.**

von Sascha Stanicic, Berlin

In Berlin übertraf die Beteiligung der SchülerInnen alle Erwartungen. Über 70.000 versammelten sich auf dem Alexanderplatz und zogen, vorbei

an der US-Botschaft, zum Brandenburger Tor.

Gegen Drohungen von SchulleiterInnen mussten sich SchülerInnen in

Stuttgart, Aachen und Kassel durchsetzen.

In Kassel wurden SchülerInnen sogar in ihren Schulen eingesperrt, um zu verhindern, dass sie an den Antikriegsdemonstrationen teilnehmen. „Freiheit für die politischen Gefangenen“ war die entsprechende Forderung.

In Stuttgart war dies schon der zweite Schülerstreik innerhalb eines Monats.

In Bremen, wie auch in anderen Städten, beteiligten sich GewerkschafterInnen an der Demonstration und

GewerkschaftsvertreterInnen redeten auf den Kundgebungen.

In Hamburg legten die Auszubildenden von Airbus in einer gemeinsamen Aktion mit Jugend gegen Krieg die Arbeit für eine halbe Stunde nieder.

(...) Jugend gegen Krieg organisierte die Streiks in Berlin (70.000), Stuttgart (20.000), Bremen (13.000), Kassel (10.000), Köln (10.000), Saarbrücken (10.000), Rostock (10.000), Aachen (4.000), Mönchengladbach, Tübingen, Düren und weiteren Städten. ■



Foto aus Nr. 149, November 2015: HoGeSa-Nazis in Köln blockiert: Die Kölner SAV ist Teil des Bündnisses „Köln gegen Rechts“, das zu Massenblockaden gegen den Aufmarsch der „Hooligans gegen Salafismus“ (HoGeSa) aufgerufen hatte.

[Artikel aus Nr. 51, Oktober 2006]

## WASG Berlin: Erfolgreicher Wahlkampf

### Streikende und MieterInnen gegen Privatisierungen unterstützt

**Die WASG erhielt mit 2,9 Prozent der Stimmen in Berlin ein achtbares Ergebnis (...). Richtig begeistert aber war der Wahlkampf der WASG Berlin: 150 bis 200 Berliner WASGler und noch einmal so viel bundesweite und internationale Helfer schafften es, in vielen Teilen der Stadt eine lebendige, konsequente Partei auf der Seite von Beschäftigten, Erwerbslosen und Jugendlichen sichtbar zu machen.**

von Stephan Kimmeler

Die Wahlkampagne der WASG Berlin konnte die eigenen Mitglieder begeistern, mobilisierte ungeahnte Kräfte und fand viel Anklang. (...) Beschäftigte im öffentlichen Dienst waren die besonderen Opfer der Tariffucht des Senats und daher auch durch besondere Flugblätter und Besuche Adressaten der WASG-Anstrengungen.

#### Charité, Wohnungen, BSH

An der Charité wurde die SPD/PDS-Politik der letzten fünf Jahre auch noch unmittelbar vor dem Wahltag in geballter Form vorgeführt: Forderungen nach Lohnab-

senkungen in Millionenhöhe und andernfalls die Drohung mit betriebsbedingten Kündigungen, vorbereitet durch Linkspartei-Senator Flierl, zwangen die Beschäftigten am Dienstag vor der Wahl in einen Erzwingungsstreik für den seit 2003 ausstehenden Tarifvertrag.

Die WASG hatte mit Carsten Becker nicht nur einen der Streikleiter und den Vorsitzenden der ver.di-Betriebsgruppe auf Platz 3 ihrer Landesliste. Sie war auch vor dem Streik und jeden Tag des Ausstands vor den verschiedenen Standorten der Charité präsent, um ganz praktische

Streikhilfe zu leisten und Solidarität zu zeigen. (...)

Während des Wahlkampfes wurden erneut Pläne des Senats bekannt, weitere Wohnungen zu verkaufen. Die WASG organisierte eine Protestkundgebung vor der Zentrale einer Wohnungsbaugesellschaft. Ein WASG-Direktkandidat lud MieterInnen zu einer Stadtteilversammlung. (...)

#### Rolle der SAV

Die SAV leistete einen wichtigen Beitrag zur Wahlkampagne der WASG. Mit Lucy Redler war ein SAV-Mitglied Spitzenkandidatin der WASG. Sie hat dem Wahlkampf in der Öffentlichkeit einen kämpferischen und konsequenten Stempel aufdrücken können. Über 150 SAV-Mitglieder und Mitglieder von SAV-Schwesterorganisationen aus Irland, Belgien, England, Polen, Österreich, Israel und den USA sind zur Wahlkampfhilfe nach Berlin gekommen. (...) ■

[Artikel aus Nr. 146, Juni/Juli 2015]

## Streik an der Berliner Charité

### SAV mittendrin

Mitglieder der SAV haben gemeinsam mit anderen im Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus einen Beitrag geleistet, die Streikleitungen zu unterstützen, Patientinnen zu informieren, den Streik in die Kieze zu tragen, eine Solidaritätsveranstaltung von 200 Menschen auf die Beine zu stellen, Veranstaltungen im Rahmen der Streikuni und Solidaritätserklärungen bundesweit und international zu organisieren.

Mitglieder der SAV innerhalb und außerhalb der Charité waren bereits in den Streiks 2006 und 2011 aktiv, haben die Tarifbewegung für mehr Personal seit 2012 eng begleitet und haben wichtige politische Erfahrungen aus diesen Streiks an der Charité und der CFM gesammelt, die in diesem Streik sehr nützlich waren. (...) ■

### Impressum

Beilage zur Solidarität – Sozialistische Zeitung Nr 150

Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.

Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Tel.: 030 / 247 238 02

Fax: 030 / 247 238 04

E-Mail: redaktion@sav-online.de

Bankverbindung:

IBAN: DE60360100430250059430

Redaktion: Wolfram Klein, Sascha Stanicic (verantw. Redakteur)